

# Bekanntmachung

## **Aufstellung eines Vorhabensbezogenen Bebauungsplans mit integriertem Grünordnungsplan "SO Freiflächen-Photovoltaikanlage Paulisäge"**

### **Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses und Inkrafttreten nach § 10 Abs. 3 BauGB**

Der Gemeinderat Langdorf hat in seiner Sitzung am 18.03.2024 die Aufstellung des Vorhabensbezogenen Bebauungsplans mit integriertem Grünordnungsplan "SO Freiflächen-Photovoltaikanlage Paulisäge" i.d.F. vom 08.01.2024, für den Bereich der FLNr. 670/8, Gemarkung Brandten und FLNr. 1090/22, Gemarkung Langdorf zwischen der Staatsstraße St 2132 und der Bahnlinie Zwiesel-Bodenmais in der Nähe der Kläranlage Zwiesel gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die Änderung des Bebauungsplans in Kraft. Jedermann kann das Deckblatt und die Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung im Deckblatt berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, auf der Homepage der Gemeinde Langdorf ([www.langdorf.de/rathaus/bauleitplanung](http://www.langdorf.de/rathaus/bauleitplanung)) einsehen.

Zusätzlich können diese Unterlagen und der Inhalt dieser Bekanntmachung im Rathaus der Gemeinde Langdorf in 94264 Langdorf, Hauptstraße 8 (ZiNr. 1.5) während der allgemeinen Dienststunden eingesehen und über deren Inhalt Auskunft verlangt werden.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie der Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs und
4. nach § 214 Abs. 2a BauGB im beschleunigten Verfahren beachtliche Fehler,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Langdorf geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 S. 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Langdorf, den 19.03.2024  
Gemeinde Langdorf

Michael Englam  
1. Bürgermeister

